Israelitische Wochenschrift

Zeitschrift für die Gesamtinteressen des Judentums.

Nebst dem Beiblatt: Jüdisches Litteraturblatt.

Verantw. Redakt.: M. A. Klausner, **Berlin W., Tauenzienstr. 19a.** Telephon: Amt IX, Nr. 5567.

Verlag: Arthur Scholem Berlin C., Roßstraße 3. Telephon: Amt 1, Nr. 5729. Post-Zeitungsliste Nr. 3934.

Bezugspreis vierteljährlich: **Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3,00 Mk.** alle anderen Länder **3,50 Mk.**

Nr. 52. Berlin, 25. Dezember 1903. **Jahrgang XII.**

Erscheint an jedem Freitag, das jüdische Litteraturblatt monatlich zweimal. Zu beziehen durch die Post oder unsere Expedition: Berlin C. 19, Roß-Straße 3.

Wir bitten die geehrten **Post-Abonnenten**, das Abonnement auf das I. Quartal bei ihrem Postamt gefl. **sofort** zu erneuern. Die Abonnenten, die die Zeitschrift **direkt** beziehen, erhalten sie fortlaufend zugesandt; Abbestellungen können nur **vor Beginn** des neuen Quartals berücksichtigt werden.

Berlin, Ende Dezember 1903.

Verlag der Israelitischen Wochenschrift.

Für die Redaktion bestimmte Mitteilungen erbitte ich an die Adresse: Berlin W., Tauenzienstr. 19a. M. A. Klausner.

Die heutige Nummer enthält das Jüdische Litteraturblatt Nr. 24.

Inhalt.

Der deutsch-russische Handelsvertrag.

Es ist bekannt, daß bei Abschluß des vorigen deutsch-russischen Handelsvertrags die deutschen Unterhändler und nach ihnen die deutschen verbündeten Regierungen den russischen unverschämten Anspruch zugelassen haben, die Angehörigen des Deutschen Reichs differentiell zu behandeln. Man hat wohl s. Zt. in Berlin nicht gewußt, welche Bedeutung und welchen Umfang solche differentielle Behandlung haben könnte.

Jetzt steht die Erneuerung des Vertrages zur Verhandlung. Jetzt wissen die deutschen verbündeten Regierungen, wie Rußland seine Vertragsverpflichtungen auslegt; jetzt können sie um ihrer Ehre willen nicht mehr dulden, daß die russische Regierung nach ihrem Belieben zwischen Deutschen und Deutschen unterscheide; jetzt müssen sie darauf dringen, daß die russische Regierung zu zivilisierter Vertragstreue sich bequeme.

Der bestehende Handelsvertrag bestimmt in Artikel 12:

„Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, die sich durch den Besitz einer von den Behörden des Heimatlandes ausgefertigten Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, daß sie in dem Staat, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetrieb berechtigt sind, sollen befugt sein, persönlich oder durch die in ihren Diensten stehenden Reisenden in dem Gebiet des anderen vertragschließenden Teils Wareneinkäufe zu machen oder Bestellungen, auch unter Mitführung von Mustern, zu suchen. Die gedachten Kaufleute, Fabrikanten und anderen Gewerbetreibenden oder Handlungsreisenden sollen wechselseitig in den beiden Ländern hinsichtlich der Pässe und der den Handelsbetrieb treffenden Abgaben wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation behandelt werden.“

Artikel 12 spricht weiter aus, daß die Angehörigen der vertragschließenden Staaten bei dem Besuch der Messen und Märkte wie Inländer zu behandeln sind. Art. 1 bestimmt ferner die Aufrechterhaltung der inneren Gesetze, die „auf alle Ausländer Anwendung finden“. Wohlgemerkt: auf alle Ausländer! Es kann hiernach nicht bestritten werden, daß nach Wortlaut und Geist des Vertrages die deutschen Reichsangehörigen ohne Ausnahme als meistbegünstigt in Rußland zu gelten haben und eine Differenzierung nach der Konfession durch den Vertrag weder konstruiert noch sanktioniert werden sollte. Eine solche Differenzierung ist demnach eine Verletzung

des Vertrages. Wenn man in Rußland deutschen Handeltreibenden jüdischer Konfession das Betreten bestimmter Gebiete untersagt, wenn man sie von Messen ausschließt, ihren Aufenthalt zeitlich beschränkt, wenn man sie mit besonderen Abgaben belastet u. s. w., so widerspricht das dem klaren Wortlaut des Handelsvertrages. Denn das sind nicht Bestimmungen, die für alle Ausländer gelten. Wohl aber verlangt das Ansehen und die Würde des Reiches, daß abgeschlossene Verträge gehalten werden. Alle Deutschen sind nach der Verfassung gleichberechtigt, der Schutz des Reiches muß dementsprechend auch für alle gleich sein. Die Blätter nun, die eine Zurücksetzung deutscher Reichsangehöriger wegen der Konfession gerechtfertigt finden, versündigten sich dadurch am Reichsgedanken selbst, und sie müßten es ebenso geschehen lassen, wenn etwa ein katholischer Staat die Angehörigen der evangelischen Kirche schlecht behandeln wollte. Civis germanus sum! Soll das stolze Wort eine Bedeutung haben, die dem deutschen Namen entspricht, dann ist es ebensowohl Pflicht der Regierung, die Innehaltung des bestehenden Vertrages zu verlangen, als auch durch den neuen Vertrag jede Zurücksetzung deutscher Reichsangehöriger auszuschließen.

Die Justizkomödie in Kischinew.

Ueber die entscheidende Sitzung in Kischinew, in der die Rechtsanwälte die Verteidigung niederlegten, erhalten wir folgende ausführliche Mitteilung:

Am 6. Dezember bereits hatten die Verteidiger sowohl wie auch die Zivilkläger den Antrag gestellt, den früheren Gouverneur von Beßarabien, von Raaben, den ehemaligen Chef der politischen Polizei, Baron von Löwendahl, und den ehemaligen Polizeimeister von Kischinew, als Zeugen zu laden. Der Gerichtshof lehnte den Antrag ab. Das gab der Verteidigung Anlaß, einen weiteren Antrag zu stellen, der dahin ging, die Verhandlungen abzubrechen und die Sache zur nachträglichen Ergänzung der Voruntersuchung an den Untersuchungsrichter zu verweisen. Zur Begründung des Antrags sprach zuerst Rechtsanwalt Kalmanowitsch, der sich schon früher durch geschickte Fragestellung sehr hervorgetan hatte. Er sagte ungefähr folgendes: Die Gerichtsverhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt. Durch die geschlossenen Türen blickt aber ganz Rußland, ja nicht nur Rußland, sondern die ganze Welt. Sie sind gute Staatsbürger, meine Herren Richter, und Ständevertreter, und Sie lieben Ihre Heimat, Ihre Juden aber lieben Sie auch. Warum hat man uns geschlagen, wollen wir wissen, und wer hat uns geschlagen? Geben Sie uns eine Antwort, wir verlangen nichts weiter, wir fordern nicht einmal, daß die wirklichen Schuldigen auf die Anklagebank gesetzt werden. Wir wissen, das ist unter den jetzigen Umständen unmöglich. Aber sagen Sie unzweideutig, daß sie schuldig sind.

Glänzend war die Rede des Rechtsanwalts Karabtschewski: Sie kennen alle die grausige Geschichte vom bethlehemitischen Kindermord, sagte er. Stellen Sie sich vor, daß Sie römische Richter sind und daß Sie das Urteil aussprechen müssen darüber, wer die Schuld an diesem Massenmord trägt. Sind es die, die den Mord ausgeführt haben, die auf Befehl des Herodes die Kinder mordeten, oder ist er es, der schuldig ist? Ich glaube, daß diese Frage nur eine Antwort zuläßt. Ebenso liegt die Sache auch in unserm Fall. Die hier auf der Anklagebank sitzen, waren nur Werkzeuge anderer, die hier nicht anwesend sind. Die Zivilkläger können daher gegen die Angeklagten nicht vorgehen, als wenn wir die Gewißheit haben, daß wir die wirklichen Schuldigen vor uns haben.

Rechtsanwalt Grusenberg betonte, daß die Sache jetzt bereits eine ganz andere Gestalt angenommen hat, als der Anklageakt behauptet. Außer den Angeklagten sind durch die Aussage der vernommenen Zeugen noch eine ganze Reihe von Personen schwer belastet. Rechtsanwalt Sarndny, ein Sohn des früheren Justizministers und einst selbst Staatsanwalt, befürwortete den Antrag auf's wärmste und wies dabei auf einen Fall aus seiner eigenen staatsanwaltschaftlichen Praxis. Als Vertreter der Anklage hatte er sich damals gegen die Ergänzung der Voruntersuchung ausgesprochen, mußte es aber später bereuen. Rechtsanwalt Schdonow betonte, daß die Verhältnisse, unter denen eine Judenhetze nicht eher unterdrückt wird, bis eine kaiserliche Verordnung eintrifft, ganz abnorme seien und unbedingt in vollem Maß aufgeklärt sein müssen.

Am 8. Dezember hatte sich der Gerichtshof zur Beratung über den Antrag zurückgezogen. Die Beratung dauerte zwei Stunden. Dann erbaten sich die Zivilkläger und die Verteidiger eine Pause von zwei Stunden zur Beratung über ihr ferneres Verhalten. Nach Ablauf dieser Frist waren sie jedoch noch nicht schlüssig, und deshalb mußte diese um weitere zwei Stunden verlängert werden. Als die Sitzung wieder aufgenommen war, erklärten die Verteidiger, daß die meisten von ihnen sich nicht imstande fühlten, die Verteidigung weiter zu führen und legten sie nieder. Die Vertreter der Zivilkläger gaben eine ähnliche Erklärung ab, und die Folge war, daß die meisten sich sofort entfernten. Das machte auf die Anwesenden einen tiefen Eindruck. Viele weinten. In großer Erregung verließen die meisten zugelassenen Zuhörer ebenfalls den Saal.

Nach diesem Zwischenfall wurde die Verhandlung fortgesetzt, doch förderten die Aussagen der vernommenen Zeugen nichts wesentlich Neues zu Tage.

In der fünfzehnten Hauptverhandlung vom 17. Dezember wurden vernommen: Ustrugow, früherer Vizegouverneur, Chabschenkow, früherer Polizeimeister von Kischinew, Oberst Rauch, Kommandeur des 24. Dragonerregiments, Nasarow, ein Nichtjude, der schwer verletzt wurde, weil er eine Jüdin beschützte, und Paschtschenko, Chefgehilfe der freiwilligen Feuerwehr.

Der ehemalige Vizegouverneur wußte wenig auszusagen. Er habe von den Judenkrawallen erst am zweiten Tag Kunde erhalten. Der Gouverneur habe ihn beauftragt, sich nach dem Schauplatz der Unruhen zu begeben und zu versuchen, die Menge zu beschwichtigen. Der Versuch sei mißlungen. Er sah und hörte jammernde Juden. Zweimal habe er das Militär ersucht, eine Verhaftung vorzunehmen, jedoch erfolglos. Er erklärt die Judenhetze durch den Haß der christlichen Bevölkerung, auch durch Ritualmordgerüchte und die Agitatio[illegible] des antisemitischen Blattes „Bessarabetz". Bemerkenswert [illegible] daß Ustrugow selbst ein eifriger Mitarbeiter des „Bessara[illegible] ist. Seine ganze Aussage war von höhnischem Zynis[illegible].

Der frühere Polizeimeister sagte aus, die Polizei sei zu schwach gewesen, die Krawalle zu unterdrücken, das Militär wollte bloß die Straßen bewachen und zur Abwehr eines direkten Angriffs der Menge bereitstehen. Der Polizeichef habe ihn benachrichtigt, daß am Stadtgarten eine regierungsfeindliche Kundgebung am ersten Ostertag erwartet werde; deshalb wurde Militär in der Umgegend versteckt. Die Kundgebungen haben jedoch nicht stattgefunden. Daß die Judenhetze planmäßig arrangiert war, glaubt der Zeuge nicht. Derartige Gerüchte seien freilich früher verbreitet gewesen; auch der Rabbiner habe vor Ostern ihn darauf hingewiesen.

Der Zeuge Oberst Rauch hat bemerkt, daß leitende Personen die Häuser behufs Plünderung bezeichneten. Er meinte, die Polizei habe sich ganz passiv verhalten und wollte die Verhafteten nicht in Empfang nehmen. Der Zeuge hat dies selbst beobachtet. Die Order, von der Waffe Gebrauch zu machen, wurde zuerst von einem Subalternoffizier überbracht. Erst um drei Uhr habe er einen schriftlichen Befehl erhalten. Die Schußwaffe sei überhaupt nicht gebraucht worden, bloß stellenweise der Säbel. Die Hauptursache der Erfolglosigkeit des Einschreitens war dessen Planlosigkeit.

Die beiden letzten Zeugen bekunden, daß Polizei und Militär auch nicht einmal versucht hätten, den Massakers Einhalt zu gebieten. Nafarow wurde von einem militärischen Posten mit dem Gewehrkolben traktiert und mißhandelt, weil er Juden beschützt habe. Dem Tode sei er nur dadurch entgangen, weil er als Christ erkannt wurde. Wiederholt habe er Offiziere und Revieraufseher aufgefordert, gegen die Plünderer einzuschreiten, erhielt aber stets die Antwort: „Wir dürfen nicht". Dasselbe beobachtete der Zeuge Paschtschenko.

Bei Fortsetzung des Prozesses in Abwesenheit der Anwälte der Juden und der meisten Verteidiger wurde, wie nachträglich bekannt wird, der griechische Archimandrit Safroni als Zeuge vernommen. Der Verteidiger Schmakow fragte, ob es ihm bekannt sei, was die Juden bei der christlichen Bevölkerung so verhaßt gemacht hätte, und ob die Juden ihre christlichen Mitbürger betrogen hätten. Safroni antwortete, er selbst habe derartiges nicht beobachtet oder erfahren. Ihm persönlich seien die Juden stets mit größter Verehrung entgegengekommen Eine Anzahl bewaffneter Juden habe er aufgefordert, sich zu zerstreuen; sie verhielten sich aber ganz ruhig. Es gäbe überhaupt unter den Juden viele sehr anständige und rechtschaffene Menschen. Bei den Zeugenvernehmungen über die Anklage, daß die Juden auf Christen geschossen hätten, ergab sich, daß in der Gostinajastraße am 20. April eine Bande von Plünderern ein Judenhaus stürmte und nicht abließ, bis von den bedrohten und eingeschlossenen Juden ein Schuß zur Notwehr abgefeuert wurde, wodurch ein junger Bursche schwer verwundet wurde. Die Behauptung, die Juden hätten zuerst geschossen bevor die Bande sie angriff, ist dadurch widerlegt.

Am Montag ist die schamlose Justizkomödie zu Ende gebracht worden. Sie schloß mit der Verurteilung von 24 Personen zu 7 resp. 5 Jahren Zwangsarbeit, zur Einreihung in eine Arrestantenkompagnie auf 1 bis 2 Jahre, und zu 6 Monaten Gefängnis. Zwölf Angeklagte wurden freigesprochen. Die Zivilklagen blieben alle unberücksichtigt.

Die jüdisch-sozialen Arbeiten in London.

In London wird dem Deutschen die seltene Genugtuung, die Wohlfahrtseinrichtungen als vorbildlich und mustergiltig hingestellt zu sehen. Zwar versäumt man niemals zu betonen, daß die Juden reicher seien, eine Behauptung, die vorerst noch bewiesen werden muß, aber man ist gern bereit anzuerkennen, daß in jüdischen besitzenden Kreisen mehr Verständnis für die sozialen Aufgaben der Zeit vorhanden und auch die Bereitwilligkeit, persönliche und finanzielle Opfer zu bringen, eine außerordentliche sei, sobald es sich um die Hebung der Lage von Glaubensgenossen handelt. Es ist genügsam bekannt, daß der Wohltätigkeitssinn bei den Juden ganz besonders ausgebildet ist.

The Jewish Board of Guardians, eine Einrichtung, die sich mit der Jüdischen Gemeinde in der Art ihrer Organisation vergleichen läßt, zerfällt in eine Reihe von Komitees, deren jedes ein besonderes Arbeitsgebiet beherrscht.

Die Jahresberichte geben ausführliche Details über die Art der Tätigkeit dieser verschiedenen Komitees.

Ganz besondere Beachtung verdient das Komitee, das sich bemüht, schulentlassene Knaben und Mädchen in guten Lehrstellen unterzubringen. Man hat sich mit zahlreichen Firmen, die sich bereit erklärten, Lehrlinge einzustellen, in Verbindung gesetzt und durch persönliche Erkundigungen festgestellt, welche Aussichten für ein sicheres Fortkommen die einzelnen, den Lernenden offenstehenden Berufe bieten. Hierdurch war es möglich, eine gewisse Auswahl zu treffen und die jugendlichen Arbeiter solchen Erwerbszweigen zuzuführen, die einerseits noch nicht überfetzt waren, andrerseits die Möglichkeit einer gesicherten Zukunft boten. Mehr und mehr lernen die Eltern die Vorteile einsehen, die ihnen durch die Fürsorge einsichtsvoller Menschen geboten wird, die es sich angelegen sein lassen, einen Stamm tüchtiger gelernter jüdischer Arbeiter heranbilden zu helfen. In allen möglichen Berufen finden heute jüdische Knaben und Mädchen Aufnahme; sie werden ausgebildet zu Kunstschmieden, Buchbindern, Gelbgießern, Wagenbauern, Vergoldern, Drechslern, Photographen, Stenographen, Tapezierern, Schneidern und Schneiderinnen, Stickern und Stickerinnen, Putzmacherinnen u. a. m.

Eine besonders zu lobende Einrichtung sind die Besuche der jeweiligen Pfleger bei ihren Schützlingen. Jedes Mitglied des arbeitenden Komitees ist verpflichtet, mindestens zweimal jährlich schriftlich Bericht zu erstatten über das Ergehen eines jeden einzelnen durch das Komitee in eine Lehrstelle gebrachten Pfleglings. Besonders begabten Lehrlingen wird der Besuch einer Fortbildungsschule ermöglicht. Die Zahl der lernenden Mädchen ist noch nicht groß, wenn sie auch von Jahr zu Jahr zunimmt. Da die Mädchen während ihrer Lehrzeit meist keine Vergütung erhalten, trägt das Komitee die Fahrunkosten. In sämtlichen jüdischen Klubs Londons werden Listen ausgehängt, auf denen diejenigen Firmen verzeichnet stehen, die jüdische Lehrlinge einstellen.

Wenn nötig, erhält ein Lehrling die erforderlichen Werkzeuge von dem Klub geliefert; er muß sich jedoch verpflichten, in wöchentlichen kleinen Raten die Anschaffungskosten zurückzuzahlen.

Zur Erreichung seiner Zwecke und zur Bestreitung der laufenden Unkosten stehen dem Komitee verschiedene Fonds zur Verfügung. Immerhin wäre eine Vermehrung der Mittel sowohl wie der freiwilligen Mitarbeiter sehr erwünscht.

Eine derartige Einrichtung, wie die eben beschriebene, die sich ausschließlich mit einem Lehrstellennachweis für jüdische Knaben und Mädchen befaßt, besteht in Berlin meines Wissens nicht. Die einzige Institution dieser Art ist der gemeinnützige Stellennachweis für minderjährige Mädchen, der ohne Unterschied der Konfession Lehr- und Anfangsstellen unentgeltlich vermittelt.

Seine Organisation ist die gleiche, wie die in London. Auch hier kümmern sich freiwillige Helfer um das Fortkommen der durch den Verein untergebrachten jungen Mädchen. Hier wie dort könnte durch Vermehrung der Mittel und der Mitarbeiter bedeutend mehr geleistet werden. Durch Wort und Schrift könnte mehr wie bisher darauf hingewiesen werden, daß nur gelernte Arbeiter Aussicht auf einen gesicherten Lebensunterhalt haben und daß ungelernte Arbeit niemals hoch bewertet werden kann, weil hier das Angebot die Nachfrage stets bei weitem übersteigt.

Der Hilfsverein für die notleidende jüdische Bevölkerung in Galizien.

Wien, 20. Dezember.

Die Generalversammlung des „Hilfsvereins für die notleidende jüdische Bevölkerung in Galizien“ fand unter dem Vorsitz des Herrn Vizepräsidenten Sigmund Mayer am 8. Dezember d. J. im großen Saal des Humanitätsvereins „Wien“ Bnei B'rith bei zahlreicher Beteiligung der Delegierten der Ortsgruppen statt.

Als Vertreter der israelitischen Kultusgemeinde Wien erschien Herr Baurat Th. R. von Goldschmidt, als Mitglied der Vereinsleitung und Vertreter der Kultusgemeinde und Ortsgruppe Lemberg der Reichsratsabgeordnete Dr. Emil Byk. Von den befreundeten Körperschaften waren vertreten: der Verband der israelitischen Humanitätsvereine Bnei B'rith durch den Präsidenten Herrn Dr. M. Hammerschlag, die „Alliance israélite“ durch die Herren Wilhelm Pappenheim und Dr. Kaminka, die „Jca“ durch Herrn D. Rotter, das Kuratorium der Baron Hirsch-Stiftung, dessen Präsident durch Unwohlsein verhindert war, durch Herrn Dr. Ascher.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um halb 5 Uhr.

Nachdem er die statutengemäße Einberufung der Generalversammlung konstatiert hat, begrüßt er die Vertreter der Ortsgruppen, der befreundeten Körperschaften und die Ehrengäste. Er teilt sodann mit, daß zum großen Bedauern des Ausschusses Herr Maxim. Paul-Schiff von seiner Stellung als Obmann des Hilfsvereines zurückgetreten sei. Er beantragt namens der Vereinsleitung, Herrn Maxim. Paul-Schiff für sein erfolgreiches Wirken den Dank zu votieren, diesen Dank protokollarisch zu verzeichnen und Herrn Paul-Schiff zur Kenntnis zu bringen.

(Der Antrag wird mit allgemeiner Akklamation und unter Erheben von den Sitzen angenommen.)

Der Vorsitzende teilt weiter mit, daß der bisherige Sekretär des Hilfsvereines, Herr Dr. Alois Pollak, auf seine Stellung resignierte, daß ihm in der Vereinsleitungssitzung für seine eifrige und erfolgreiche Tätigkeit der Dank votiert und er einstimmig zur Wahl in die Vereinsleitung vorgeschlagen wurde. Es ist nun gelungen, Herrn Dr. Hersch in den Ausschuß zu kooptieren. — Dieser hat die Leitung des Bureaus übernommen. (Zustimmung.)

Der Vorsitzende: Bevor die Details unseres Tätigkeits- und Kassenberichtes Ihnen mitgeteilt werden, möchte ich mir erlauben, einige allgemeinen Worte zu sprechen. Das von unserem Vereine unternommene Werk, die Industrialisierung eines Landes oder eines Teiles der Bevölkerung, ist bisher nur von Regierungen versucht worden. Einer Regierung stehen zu solchem Zwecke große finanzielle Mittel zur Verfügung. Sie verfügt aber auch, um eine Industrie zu erzwingen, über das große Machtmittel des Zollschutzes. Unsere Vereinigung besitzt keine solchen Machtmittel, verfügt nur über geringe finanzielle Ressourcen. Die Arbeit, die sie durchführen soll, gleicht der langsamen Aufforstung eines Karstgebietes. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich uns gegenüberstellen. Vor allem die Größe der Aufgabe. Doch zeigt sie sich, ziffermäßig erfaßt, nicht als unlösbar. Rechnen wir von den 800 000 jüdischen Seelen in Galizien vorerst die weibliche Hälfte, die nur mit einem verhältnismäßig kleinen Prozentsatz mitzuzählen ist, ab, und ebenso von dem verbleibenden männlichen Teil die Kinder unter vierzehn Jahren, die Greise — berücksichtigen wir ferner, daß doch ein ziemlich ansehnlicher Teil der jüdischen männlichen Bevölkerung imstande ist, seinen Erwerb im legitimen Handel zu finden, so reduziert sich das Problem darauf, ungefähr 100 bis 150 000 Menschen, die heute erwerbslos sind, durch Erwerb Arbeit zu verschaffen. Das ist möglich, denn wir haben in den letzten zwei Jahren schon einige Tausende Menschen dem Erwerb zugeführt. Auch das zweite Hindernis, die sehr peinliche Indolenz und Teilnahmslosigkeit gerade der jüdischen Geschäftskreise, jüdischen Unternehmer u. s. w., an die wir uns gewendet haben, hoffen wir zu überwinden. Wenn einmal durch die Einführung von Hausindustrie ein bestimmtes Arbeitermaterial geschaffen sein wird, so werden sich schließlich Unternehmer bereit finden, in ihrem eigenen Geschäftsinteresse diese Arbeitskraft, wie sie so billig in ganz Oesterreich nicht mehr existiert, zu benützen. Wir haben darum unsere ganze Kraft zunächst der Einführung der Hausindustrie gewidmet. Unser Programm ist allerdings ungleich größer und erstreckt sich auf die geistige Hebung der jüdischen Bevölkerung in Galizien, aber vor allem muß Erwerb geschaffen werden, dann wird auch das geistige Niveau sich heben. Als vor einem halben Jahrtausend Casimir der Große die Juden ins Land rief, tat er es, weil die Juden damals materiell und kulturell höher standen als die polnische Bevölkerung; erst die aus den verschiedensten Gründen über die dortigen Juden ganz besonders hereinbrechende wirtschaftliche Not hat sie auch geistig verelenden lassen. Meine Herren! Zum Gelingen unseres Werkes gehört dreierlei: Mut, Geschicklichkeit und eine unerschütterliche leidenschaftslose Beharrlichkeit. Mut hat unser Verein bewiesen, indem er es überhaupt gewagt hat, dieses große Werk in Angriff zu nehmen. Eine gewisse Geschicklichkeit glauben wir in dem bewiesen zu haben, was wir bis jetzt geleistet haben, und die unerschütterliche Geduld werden die jüngeren Kräfte zu erweisen haben, die nach uns fortsetzen werden, was wir Alten, Ausgedienten begonnen haben. (Lebhafter Beifall.)

Der Sekretär Herr Dr. Alois Pollak erstattete den Bericht, dem wir folgendes Wesentliche entnehmen:

Die Haarnetz-Industrie wurde in diesem Jahr in weiteren 21 Ortschaften neu eingeführt, so daß um die gleiche Zeit gegen das Vorjahr statt in 72 Orten mit einer Arbeitsentlohnung von ca. 5000 Kronen wöchentlich, jetzt in 93 Orten mit einem Arbeitslohn von ca. 100 000 Kronen wöchentlich diese Heimarbeit betrieben wird. Ferner ist hervorzuheben, daß die Arbeiter nicht nur von Wiener und ausländischen Exportfirmen beschäftigt werden, es haben sich auch in Galizien selbst Unternehmer gefunden, die diese Industrie betreiben und die Haarnetze an die großen Exporteure liefern. Von der zweiten und dritten Industrie, die wir uns im laufenden Jahr einzuführen bestrebten, können wir vorläufig noch keine günstigen Resultate berichten. Es ist das die Spiel- und Drechslerwaren-Industrie, die durch die ungünstige Konjunktur, die in diesem Artikel eintrat, gegen die Konkurrenz nicht aufkommen konnte; jedoch haben wir die Absicht, sobald die Verhältnisse günstiger geworden sind und wir den richtigen Unternehmer finden, diese wieder aufs neue fortzusetzen. Die Patentknopf-Erzeugung führte bis jetzt zu keinem günstigen Resultat, weil das Produkt noch nicht allen Anforderungen entsprach und eine Maschine erst eigens für diese Arbeit konstruiert und erprobt werden muß. Wir haben außerdem in einem Ort Unterricht in der Korbwaren-Erzeugung erteilen lassen. Der Absatz dieser Erzeugnisse wurde gesichert; wir hoffen nach 2—3 Jahren ca. 80 Arbeiter ausgebildet zu haben, die in dieser Branche dauernden Erwerb finden werden. Als fünfte Industrie wurde von uns die Herrenkleider-Lohnkonfektion eingeführt. Wir gingen dabei von

zwei Gesichtspunkten aus: 1. Daß dies eine Industrie ist, die verhältnismäßig viele Personen beschäftigen kann, und daß sie sich von selbst immer weiter und weiter ausdehnt. 2. Daß die Qualität der Arbeiter und dadurch auch der Lohn in Galizien gehoben werden soll. Wir können uns der Hoffnung hingeben, daß diese Industrie zu gutem Resultat führen wird. In Vorbereitung haben wir die Erzeugung von Schuhen für den Export und von solchen Spitzen, die hauptsächlich große Exportartikel sind. Wir unterstützen endlich in Skole den Unterricht in englischer Sprache an Handwerker, die auszuwandern beabsichtigen.

Wir kommen nun zu dem Bericht über unsere innere Organisation. Vorausschicken müssen wir, daß wir nicht für das ganze Jahr 1903 den Abschluß geben können, weil eben die Generalversammlung im Dezember abgehalten wird. In der heutigen Tagesordnung findet sich ein Antrag des Ausschusses, der, wenn er von ihnen angenommen wird, diesem Uebelstand für die Zukunft abhelfen wird. Die Daten für 1903 reichen daher nur bis Ende November.

Im Jahr 1902 hatte unser Verein 35 Ortsgruppen mit 3470 Mitgliedern und 221 Mitgliedern, die in verschiedenen Orten wohnen, wo vorläufig noch keine Ortsgruppe besteht. Zusammen hatten wir also 3691 Mitglieder, die 33 600,23 Kronen als Mitgliedsbeiträge leisteten. Ansehnliche Spenden sind uns zugekommen vom Hilfskomitee für osteuropäische Juden in Frankfurt a. M., vom Hilfsverein der deutschen Juden in Frankfurt a. M., vom Hilfsverein der deutschen Juden in Berlin und vom Kuratorium der Baronin Klara Hirsch-Stiftung. Zu unserem Bedauern können wir auf eine gleiche Opferwilligkeit der Wiener Kreise nicht hinweisen. Im Jahre 1903 hatten wir 38 Ortsgruppen. Die Mitgliederzahl kann jetzt noch nicht angegeben werden, weil von den Ortsgruppen noch viele Abrechnungen ausständig sind. Bis Ende November d. J. sind an Mitgliedsbeiträgen eingegangen 30 748 Kronen. Neue Ortsgruppen haben sich im Jahr 1903 konstituiert in: Böhm.-Leipa, Friedek-Mistek, Gablonz, Komotau, Lobositz, Melnik, Olmütz, Smichow, Trautenau; in Vorbereitung ist die Konstituierung von Ortsgruppen in Marienbad und Pardubitz. Aus dem Spesenkonto teilen wir folgende Daten mit:

Spesen für Industrie-Einführung: Haarnetz-Industrie K. 20 112 64, Knopf-Industrie K. 121,—, Spiel- und Drechslerwaren K. 5299,—, Herrenkleider-Lohn-Konfektion K. 3300,—; Korbwaren K. 919,—, Prämien K. 2282,—, Englischer Unterricht, Skole K. 70,—.

Herr Reichsrats-Abgeordneter Dr. Byk: Er habe alle Anerkennung für die Tätigkeit des Vereins, umsomehr, als die in so kurzer Zeit erzielten Resultate sich sehr abheben von der Erfolglosigkeit des meist bisher in Galizien Geschehenen. Er führt das tatsächlich auf ein gewisses geschäftliches Geschick zurück, das bisher bei ähnlichen Unternehmungen in Galizien gefehlt hatte. Zu den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden bemerkt er: Die Frage, ob die Hebung der Kultur- oder der Erwerbsverhältnisse wichtiger seien, läßt sich richtig wohl nur so beantworten, daß beide Faktoren in einer innigen Wechselwirkung stehen. Die Kultur ist eine notwendige Voraussetzung für die Erwerbs- und Konkurrenzfähigkeit, und Wohlstand ist nötig, um Kultur und Bildung zu verbreiten. Aus der Geschichte der Juden Polens ersehen wir, daß der Chassidismus erst entstand, als die Juden durch die Tartaren und Schweden gänzlich ausgeplündert und bettelarm geworden waren; als das Elend bis zur Hoffnungslosigkeit anzuwachsen begann, tauchten die Wunderrabbis auf.

Obmann-Stellvertreter Lederer richtet einen warmen Appell an die Obmänner der Ortsgruppen; von der Wirksamkeit der Ortsgruppen hängt wesentlich die Zukunft des Vereins ab. Nicht nur Mittel, sondern auch Ideen und Anregungen zu Unternehmungen müssen dem Verein von den Ortsgruppen zufließen. (Beifall.)

Herr Bernhard Jerusalem, Vertreter der Ortsgruppe Hermanmestec, bringt den Dank und die Anerkennung seiner Ortsgruppe der Vereinsleitung zum Ausdruck; er spricht den Wunsch nach einer zuverlässigen Statistik der hilfsbedürftigen und arbeitsfähigen, jedoch erwerbslosen Juden in Galizien aus. Er weist sodann auf die hohe Bedeutung der Agrikultur hin, zumal Galizien ein Agrikulturland ist, das bei rationeller Ausnützung seines Bodens um ca. 100 Millionen Kronen jährlich mehr produzieren könnte, als es jetzt der Fall ist. Auch für die Juden würde sich dann leichter Gelegenheit zu landwirtschaftlicher Arbeit und sonstigem Erwerb bieten. Besonders aber sei die Pflege der Landwirtschaft deshalb sehr wichtig, weil im Fall der Auswanderung die Juden imstand wären, Landwirtschaft zu betreiben, wodurch sie überall, wo dem Boden noch der Bearbeiter fehlt, als fleißige Arbeiter willkommen wären. Die Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel des Vereins für Agrikulturförderung könnte durch umfassende Propaganda behoben werden; überdies müßte man ja nicht gleich anfangs Güter kaufen, sondern könnte mit Pachtungen beginnen. (Beifall.)

Professor Schwarz aus Mähr.-Ostrau empfiehlt in geeigneten Orten die Errichtung von Lehrkursen für Handwerker. Der staatliche Gewerbeförderungsdienst wird gern seine Unterstützung durch Beistellung von Maschinen 2c bieten. Auch könnten die Gewerbetreibenden zu Genossenschaften organisiert werden, die in derselben Weise Unterstützung fänden.

Der Tätigkeits- und Kassabericht wird einstimmig genehmigt. Der Obmann des Aufsichtsrates Herr Dr. Wilhelm Knöpfmacher berichtet, daß der Aufsichtsrat hinsichtlich der Büchereintragungen und der Geldgebahrung keinerlei Gebrechen wahrgenommen und auch die Geldgebahrung der Vereinsleitung als dem statutenmäßigen Zwecke vollkommen entsprechend befunden hat. Der Bericht des Aufsichtsrates wird genehmigt und dem Ausschuß das Absolutorium erteilt.

Obmann-Stellvertreter Lederer: Bei einer im Dezember stattfindenden Generalversammlung ist der Vorstand nicht in der Lage, den Rechnungsabschluß für das ganze Jahr vorzulegen. Er beantragt daher namens der Vereinsleitung, die Generalversammlungen mögen erst im Februar oder März stattfinden. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Von der Ortsgrupoe Teplitz-Schönau liegt ein von dem Obmann dieser Ortsgruppe Herrn Felix Bruck vertretener Antrag vor, betreffend den Jahresbericht des Vereins und die Mitteilung der Anträge einer Ortsgruppe an alle anderen vor der Generalversammlung.

In einer vom Ausschuß etwas modifizierten Form gelangen zwei Anträge der Ortsgruppe Teplitz zur Annahme. Anregungen des Obmannes der Ortsgruppe Troppau und die in einer Zeitschrift des Herrn Dr. Knöpfmacher dargelegten Anregungen der Wiener Ortsgruppenversammlung gelangen zur Verlesung. Der Vorsitzende spricht den erschienenen Delegierten und Ehrengästen den Dank aus und bittet, sich des Vereins bei jeder möglichen Gelegenheit anzunehmen und seiner eingedenk zu sein.

Als Delegierter des Wiener Kultusvorstands spricht Herr Baurat Ritter v. Goldschmidt namens der Kultusgemeinde der Vereinsleitung den wärmsten Dank aus. In der Führung des Vereins zeige sich nicht nur Mut, Geschicklichkeit und

Geduld, sondern auch ein warmes Herz für die gesamte Judenschaft. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Dr. Zins spricht dem Vorsitzenden für die Leitung der Versammlung und dem Verein für seine gesamte Tätigkeit den Dank aus. (Allgemeine Zustimmung.)

Das Skrutinium ergab folgende Wahlresultate:

In die Vereinsleitung wurden gewählt die Herren: Doktor Max Böhm, Mähr.-Ostrau; Dr. M. Hammerschlag, Prag; Dr. Wilhelm Hersch, Wien; S. Edler v. Horowitz, Lemberg; Dr. Joseph Jerusalem, Wien; Gottlieb Lederer, Wien; kais. Rat Dr. Theod. Lieben, Wien; Dr. Wilhelm Pappenheim, Wien; Dr. Alois Pollak, Wien; David Rotter, Wien; Ludwig Samek, Wien.

In den Aufsichtsrat wurden gewählt die Herren: Julius Granichstädten, Wien; kais. Rat Moritz Hirsch, Wien; Dr. Leopold Kohn, Wien; Dr. Gustav Langstein, Wien; Ferdinand Löwy, Wien; Wilhelm Pappenheim, Wien; Dr. Isidor Samuely, Wien.

In das Schiedsgericht wurden gewählt die Herren: Wilhelm Anninger, kaiserl. Rat, Wien; Dr. Julius Bermann, Wien; Dr. Moritz Güdemann, Oberrabbiner, Wien; Dr. Alois Klemperer, Wien; Heinrich Klinger, kaiserl. Rat, Wien; Isidor Popper jun., Wien; Leopold Sachs, kaiserl. Rat, Wien; Julius Wolf, Wien; Josef Zucker, Wien.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Literarisches.

Jüdische Schriften. Von M. de Jonge. Verlag von Hugo Schildberger, Berlin N.W.

Geborener Jude, Apostat, Antisemitenhäuptling, Renegat des Christentums, Zionist, Hyper-Zionist. Das sind die Stadien in dem Entwickelungsgang des Verfassers, der wiederholt unsympathisches Aufsehen erregte. Er hat alle erdenklichen Wandlungen durchgemacht und nach jeder einzelnen sich als den Besitzer der einzigen Heilswahrheit ausgegeben. Sein krankhaftes Streben äußert sich jetzt literarisch. Drei Schriftchen von ihm liegen bereits vor, zehn andere verspricht er binnen Jahresfrist zu liefern. So viele sind, selbst für den vorsichtigsten Diagnostiker, gar nicht nötig. Den beiden ersten Schriften ist ein identischer „Anhang" angefügt, aus dem wir ersehen, daß der Verfasser „bedingungsweise" zum Judentum zurückkehren wollte, daß man ihm aber die Wiederaufnahme bedingungslos versagte. Er wundert sich darüber. Das Judentum ist doch kein Lazarett!

Bilder aus der Vergangenheit der jüdischen Gemeinde Mainz. Von Rabbiner Dr. Siegmund Salfeld. Verlag von J. Kauffmann in Frankfurt a. M. Preis 2 M.

Anläßlich der Fünfzigjahrfeier der Hauptsynagoge zu Mainz ist die vorliegende Schrift als stattliche und willkommene Festgabe erschienen. Der Verfasser bezeichnet sie im Vorwort als den Vorbericht einer größeren wissenschaftlichen Arbeit, die er unter dem Titel „Beiträge zur Geschichte der Juden im Erzbistum Mainz" herauszugeben gedenkt, und die „hauptsächlich die Bevölkerungsstatistik, die wirtschaftliche Lage, das Gemeindewesen, das Rabbinat und die kurfürstlichen Verordnungen behandeln, die noch unverwerteten Geschichtsquellen erschließen und eine objektive Darstellung der Mainzer jüdischen Geschichte ermöglichen sollen". — Wir haben wiederholt Gelegenheit genommen, auf das Verdienstliche solcher Monographien hinzuweisen. Auch die hier dargebotene Arbeit ist ein erfreulicher Beitrag für das große Werk einer Geschichte der Juden in Deutschland, die alles Material in sich aufnehmen wird, das von dem Fleiß vieler zusammengebracht worden.

Gedanken eines deutschen Edelmannes über die Judenfrage. Von Alexander Freiherr Pawel-Rammingen. Verlag von Herrmann Walter, G. m. b. H., Berlin. Preis 1 M.

Der Verfasser sagt seine aufrichtige Meinung und zeigt subjektiven Gerechtigkeitssinn. Doch die objektive Gerechtigkeit fehlt, da er von den Juden verlangt, daß sie ohne Mängel und durchaus vorbildlich seien, und aus der Nichterfüllung dieses Verlangens Vorwürfe gegen die Juden herleitet. Sind denn die Christen gar so tadellos und mustergiltig? Ist es nicht unbillig, bei einem Bevölkerungsausschnitt als schuldige Leistung ein Mindestmaß an Tugenden zu fordern, das die Mehrheit zu prästieren weit entfernt ist? Der Verfasser sagt den Juden eine Reihe von Fehlern nach. Ohne Zweifel haben viele unter uns die aufgezählten und noch andere Fehler. Wir meinen aber, der Verfasser wird sie bei seinen Glaubensgenossen nicht minder finden; sie sind eben menschliche, nicht jüdische Fehler. Daß der Verfasser sagt, daß „das Judentum bei uns so gut wie noch keine Geschichte, gar keine Vergangenheit hat, daß an den Großtaten unsere Väter und Voreltern wie überhaupt kein Jude ruhmvollen Anteil hatte", verzeihen wir ihm; denn er sagt es nur, weil er es nicht besser weiß. Er könnte sich aber unschwer darüber belehreu, daß die Großtaten, auf die er sich stolz beruft, zumeist nicht die der „Väter und Voreltern", sondern die von Adoptiv-Ahnen, richtiger ausgedrückt: die von arrogierten Ahnen gewesen sind, und daß wir deutschen Juden deutschen Patriotismus unter einer Belastungsprobe bewährt haben und zu bewähren fortfahren, die kein anderer deutscher Bevölkerungsteil, weder Fürst noch Adel noch Bürgerschaft, je auszuhalten hatte oder je ausgehalten hätte.

Israel und die Welt in Jesaja 40–45. Ein Beitrag zur Ebed-Jahwe-Frage. Von Henri Roy. Verlag von Friedrich Jansa in Leipzig. Preis 2 M.

Die hier genannte Abhandlung ist eine Beigabe zum Bericht des theologischen Seminariums der Brüdergemeinde in Gnadenfeld. Eine geistvolle gelehrte Arbeit, die ansprechend ist auch für den, der ihren Ausführungen nicht zuzustimmen vermag. Auffassungen und Deutungen weichen von den unseren nicht eben selten ab; doch mag man sich gern über einen Gegenstand mit dem unterhalten, der ihn, wenngleich in anderer Art, doch gleichfalls von Herzen verehrt.

מפתח שלמה **Clavigula Salomonis.** A hebrew manuscript, newly discovered and now described by Hermann Gollancz. Verlag von J. Kauffmann in Frankfurt a. M. Preis 1,50 M.

Wer an Mystizismus Geschmack hat, findet hier Speise; wer Geistesgymnastik liebt, hier kann er sie üben. Der Schlüssel Salomonis ist zu manchen Dingen gut.

Unlösbare Fesseln. Eine Erzählung aus dem jüdischen Leben der Gegenwart. Von Gotthard Deutsch. Verlag von J. Kauffmann in Frankfurt a. M. Preis 4 M.

Wir sind dem Verfasser schon einmal begegnet. „Andere Zeiten" hieß das Buch, das er vor Jahren herausgegeben hat, und das ausgezeichnet war, soweit es sich mit dem intimen Leben einer kleinen jüdischen Gemeinde beschäftigte. Der Roman war die schwächere Seite des Buchs. In meinen Augen ist das ein Vorzug. Die neue Erzählung zeigt die Kunst des Erzählers auf der unverändert gleichen Höhe. Das Romanhafte hat er völlig in den Hintergrund geschoben. Die Sach-

schilderung und die akademische Erörterung überwiegen. Das ist ein Kunstfehler; doch um dieses Kunstfehlers willen scheint mir das Buch nur desto wertvoller. Die Disputationen, die es bringt, interessieren ohne zu verletzen, und gewinnen durch ihre Geschicklichkeit auch den, der den Gegenstand des Streites über jeden Streit hinausgerückt sehen möchte. Kurz: ein empfehlenswertes Buch.

Religiöse Ethik des Alten und des Neuen Testaments. Eine Gegenüberstellung von L. S. Kommissionsverlag der Concordia, deutsche Verlagsanstalt in Berlin.

Der ungenannte Verfasser sagt im Vorwort: „Es wird jetzt viel von der ethischen Ueberlegenheit der christlichen Religion über die jüdische gesprochen. Dafür bringt man aus den heiligen Schriften Beweise herbei; aber diese Anführungen sind einseitig und unvollständig. Die Wichtigkeit des Gegenstandes für jeden geschichtlich und religiös Empfindenden veranlaßt mich zu dem Versuch, diese Zitate zu ergänzen — in einfacher Gegenüberstellung." — Dürften wir, wir druckten das ganze Schriftchen ab.

Die Politik.

(Die Juden in Sibirien.) Der russische Korrespondent der Londoner „Times" erfährt, daß der Minister des Innern neuerdings den Versuch gemacht hat, im Senat darauf hinzuwirken, daß die Domizilrechte der Juden in Sibirien eine Einschränkung erfahren. Im Jahr 1901 hatte der Senat entschieden, daß die Eintragung der Juden als Einwohner einer Stadt in Sibirien den Eingetragenen das Recht des Domizilwechsels innerhalb des Distriktes zuerkennt, in dem der Ort liegt. Die Behörden der Provinz Jenissei hatten ihrerseits den Befehl erlassen, daß Juden den Ort, in dem sie registriert sind, nicht verlassen dürften. Diese Verfügung erklärte der Senat durch seinen Beschluß von 1901 für ungültig. Herr von Plehwe verweigerte nun nicht nur die Bestätigung der Entscheidung des Senats, sondern forderte auch einen Beigeordneten des Justizministers auf, mit ihm darauf hinzuwirken, daß der Senat in der Judenfrage die Ansicht des Generalgouverneurs von Irkutsk zu der seinigen mache. Der Generalgouverneur berief sich, wie es scheint, in einem Schreiben an Herrn von Plehwe auf eine Randbemerkung, die der Zar im Jahr 1897 zu einem Bericht des früheren Generalgouverneurs gemacht hatte und die folgendermaßen lautete: „Die Judenfrage in Sibirien muß von der allgemeinen Frage abgesondert werden, da sie sonst nicht gelöst werden kann. Sibirien wird in jedem Jahr in zunehmendem Maße von Juden überschwemmt." Der gegenwärtige Generalgouverneur fügte noch hinzu, daß die Kontrolle des Handels und der Goldminen ganz in die Hände der Juden geraten werde, falls man ihm nicht gestatte, den Juden die Bewegungsfreiheit zu nehmen. Herr von Plehwe scheint diesen Ansichten vollständig beigetreten zu sein. In der Tat ist es begreiflich, daß die russischen Kronsdiener die Verwaltung der sibirischen Goldminen nicht aus den Händen geben wollen. Diese Minen bringen dem Zaren nichts und dem russischen Staat nichts. Wo der Ertrag bleibt, braucht nicht gesagt zu werden. Natürlich mögen die Interessenten keine ehrlichen Leute in ihrer Mitte haben, und deshalb beharren sie auf Ausschließung der Juden.

* * *

(Nach Plehwe's Herzen.) Dem Petersburger „Wos chod" wird aus Kischinew gemeldet:

„In der jüdischen Mädchenschule einer Frau Skomorowska war Literaturstunde. Der Lehrer Michael Orlow, ein bedeutender Stern am Horizont der pädagogischen Welt Kischinews, läßt sich von einer der Schülerinnen den Aufsatz Karamsins „Von der Liebe zum Vaterland" vorlesen. Nach eingehender Erklärung der Begriffe „Heimat", „Vaterland" wendet sich Herr Orlow an die Aufgerufene mit der Frage, wo denn eigentlich ihr Vaterland sei. Als er zur Antwort bekam, sie betrachte Rußland als ihr Vaterland, ließ dieser musterhafte Pädagog, erzürnt über eine derart „freche" Anmaßung, folgende Philippika vornehmen: „Ihr seid Juden, und Rußland ist nicht euer Vaterland; ihr seid hier fremde Ankömmlinge und die ausgesprochensten Feinde Rußlands; 85 pCt. Juden sind Sozialisten, die Sozialisten sind ein Uebel, das ausgerottet werden muß; daraus ergeben sich als logische Konsequenz die Exzesse und Massakers". Begeistert von seiner eigenen Rede fügte er noch schäumenden Mundes hinzu: „man schlägt euch, Verräter, aber fortjagen und vernichten sollte man euch!" Als sämtliche Schülerinnen in lautes Weinen ausbrachen, hielt es Herr Orlow für ratsam, die Klasse zu verlassen."

Wenn Herr Michael Orlow in Kischinew unmöglich geworden, kommt er vielleicht nach Westpreußen.

* * *

(Russische Feste.) In Kischinew, so geht ein Gerücht, beabsichtigt die Regierung des Herrn von Plehwe an den Weihnachtstagen die Wiederholung der Greuelszenen von den Ostertagen. Die Juden von Kischinew haben sich hoffentlich mit Waffen versehen.

Wochen-Chronik.

Wochen-	Dezmbr. 1903 / Januar 1904	Tebet 5664	Kalender.
Freitag . . .	25	6	Sabb. Anf. 3,56.
Sabbat . . .	26	7	ויגש Sabb. Ausg. 4,46.
Sonntag . . .	27	8	
Montag . . .	28	9	
Dienstag. . .	29	10	צום עשרה בטבת Fastenende 4,49.
Mittwoch. . .	30	11	
Donnerstag . .	31	12	
Freitag . . .	1	13	Sabb. Anf. 4,3.
Sabbat . . .	2	14	ויחי Sabb. Ausg. 4,53.

Berlin, 20. Dezember. (Sitzung der Repräsentanten.) Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Julius Martin Friedländer, verliest den Protest, der seitens einer Versammlung in der Brauerei Königstadt gegen die Einführung einer Orgel für die neue Synagoge Rykestr. an das Kollegium gerichtet worden ist, und schlägt vor, den Protest an die Kommission zur Beratung der Angelegenheit weiterzugeben. Die Versammlung erhebt dagegen keinen Widerspruch. — Frau Dr. Rebecca Stern hat eine Stiftung von 6000 Mark für Almosen und 12 000 Mark für Bräuteausstattung der Gemeinde überwiesen. — Herr Isidor Kuttner stiftet ein Legat von 1000 Mark, von dessen Zinsen jährlich je 2 Waisenknaben und -Mädchen bekleidet werden sollen. — Für den Ankauf einer Thora-Rolle werden 300 Mark bewilligt; für Einführung elektrischer Beleuchtung in der neuen Synagoge 25 000 Mark; für Läuferstoffe ebendort 387 Mark; für den elektrischen Betrieb der Orgel in der Synagoge Lindenstraße 2500 Mark. Die Versammlung erteilt die Ermächtigung zur Anstellung einer

Klage gegen einen Darlehnsempfänger der Fürsorgekommission, der die vereinbarten Ratenzahlungen von je 5 Mark auf die erhaltene Summe von 50 Mark böswillig zurückhält. — Nachdem inzwischen die erforderliche Anzahl von 17 Mitgliedern zusammen gekommen ist, werden die Abänderungen des Gemeindestatuts in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen. Ueber Nova, die in das Statut aufgenommen wurden, ist in diesem Blatte schon berichtet. Nur ist noch eine auf Antrag des Herrn Ignatz Cohn ebenfalls einstimmig beschlossene Aenderung des Artikels II zu erwähnen, der folgende Fassung erhält: „Die Vorschriften des Artikel I treten mit dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung dieses Nachtrages durch die Aufsichtsbehörde in Kraft, jedoch mit der Maßgabe, daß für die zur Zeit im Amt befindlichen Stellvertreter des Vorstandes und der Repräsentanten bis zum Ablauf ihrer Amtsperiode die bisherigen Bestimmungen maßgebend bleiben. Das Dienstalter der Stellvertreter des Vorstandes bestimmt sich aber vom Inkrafttreten des Nachtrages an nach der Vorschrift des Artikel I, § 31a, Absatz 3 (nämlich durch die Zeit, welche sie ohne Unterbrechung im Amte sind, ohne Rücksicht auf inzwischen vollzogene Neuwahlen.) Herr Geheimrat Blumenthal regt an, statt des bisherigen Systems der Listenwahl zu Bezirkswahlen überzugehen, gibt jedoch zu, daß eine solche einschneidende Aenderung erst bei einer großen, allgemeinen Statuten-Revision eingeführt werden könne. — Es folgen noch einige Rechnungsabschlüsse. Die alte Synagoge hat von ihren Einnahmen, die 35 158 Mark betragen, nur 30 855 Mark verausgabt, also einen Ueberschuß von 4303 Mk. erzielt. Die Synagoge Kaiserstraße konnte an die Gemeinde-Hauptkasse 4217,47 Mark zurückzahlen; die Kommission zur Beschaffung des Koscherfleisches 3600 Mark, während die Verwaltung des Quellbades einen Mehrverbrauch von 136,48 Mark aufweist. — Die Mitglieder der Friedhofskommission werden ohne Debatte wiedergewählt. Alle anderen, Personalia betreffende Punkte der Tagesordnung werden in die sich anschließende geheime Sitzung verlegt. Schluß der öffentlichen Sitzung $12^1/_2$ Uhr.

Berlin, 20. Dezember. (Die Programm-Treue.) Wie aus dem obigen Bericht über die Sitzung der Repräsentantenversammlung zu ersehen ist, haben die sogenannten konservativen Repräsentanten wieder einmal ihren Programm-Versprechungen entgegengehandelt. Herr Geheimrat Blumenthal allein machte wenigstens die Konzession, an die Einführung von Bezirkswahlen zu erinnern. Die anderen verschlangen wortlos ihre feierlichen Zusagen. Der Wortbruch ist, scheint es, bei ihnen Maxime. — Die Wähler müßten Cretins sein, wenn sie diese rückgradlösen Menschen wiederwählen, wenn sie die Listen aus denselben schmutzigen Händen wie früher entgegennehmen würden. Das neue Statut ist, wie früher schon gesagt, formal gut gearbeitet. Inhaltlich ist es eine großartige Leistung, indem es das ohnehin blödsinnige Wahlsystem noch blödsinniger gestaltet. Das haben die nicht gemerkt, die dafür gestimmt haben. Der Ignatz Cohn'sche Zusatzantrag, der einstimmig angenommen worden, bildet den Gipfel. Soweit er überhaupt etwas sagt, ist er ungiltig!

Berlin, 20. Dezember. (Professor Dr. Maybaum.) Herrn Rabbiner Dr. Maybaum ist vom Unterrichtsminister der Professortitel verliehen worden. — Diese Auszeichnung ist die erste ihrer Art.

Berlin, 20. Dezember. (Mädchenstift.) Im Jüdischen Mädchenstift fand am 17. d. M. anläßlich der Chanukafeier im Beisein des Vorstandes und einiger Freunde und Gönner der Anstalt neben der üblichen Bescherung auch die feierliche Entlassung der demnächst scheidenden und in den Dienst tretenden Zöglinge sowie eine Prämien-Verteilung für längere treue Pflichterfüllung im Dienst statt. Im ganzen haben bisher von den aus dem Stift entlassenen 58 Zöglingen bereits 12, die sich 2—9 Jahre lang in derselben Stellung gut bewährt hatten, die Prämie zuerkannt erhalten, ein sprechender Beweis für die ersprießliche Wirksamkeit der segensreichen Anstalt. Bei der Feier hielt der Vorsitzende Direktor Dr. Strelitz eine eindrucksvolle Ansprache an die versammelten gegenwärtigen und ehemaligen Zöglinge.

Berlin, 22. Dezember. (Vortrag.) Am Mittwoch, den 30. d. Mts. abends $8^1/_2$ Uhr, wird Herr Rabbiner Dr. Ackermann aus Brandenburg a. d. H. in der Gruppe S. W. des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Lindenstraße 105 bei Damm, einen Vortrag halten. Das Thema ist: „Was lehrt das Judentum über das Verhalten zum Andersgläubigen?"

Berlin, 23. Dezember. (Chanukafeier bei den Taubstummen.) Am 20. d. Mts. hielt der „Verein zur Förderung der Interessen der israelitischen Taubstummen in Deutschland" in seinem Hauptsitz Berlin in seinen Vereinslokalitäten (Neue Friedrichstraße 30) die Chanukafeier. Zuerst sprach der I. Vorsitzende Herr Willy Oppenheimer ein kurzes Gebet, sowie eine Predigt nebst einer Erklärung über Chanuka in der Laut- und Geberdensprache. Darauf fand die Bescherung für Bedürftige statt.

—g— **Frankfurt am Main**, 20. Dezember. (Vortrag.) Im Verein für jüdische Geschichte und Literatur sprach am 14. d. M. Herr Rabbiner Dr. Eschelbacher aus Berlin über die Verbreitung der Lehren des Judentums zur Zeit der Entstehung des Christentums. Schon ein Jahrtausend vor diesem hat sich das Judentum als eine Religion erwiesen, die unabhängig von nationalen Schranken ihre Kraft zu entfalten vermag. Die nach Babylon weggeführten Juden blieben unter einer mächtigen heidnischen Bevölkerung Juden im vollsten Sinn. Von dort verbreiteten sie sich nach allen Weltgegenden bis nach Spanien, Rom und Griechenland. Ihre Lehren übten überall eine starke Anziehungskraft. Schon in Babylon traten viele Heiden über. Die Siege der Makkabäer hoben das Ansehen der Juden bedeutend und gewannen besonders die heidnischen Bewohner von Galiläa und Idumäa. Noch stärker war die Anziehungskraft in den Ansiedlungen, die sie mitten unter den Heiden hatten. Namentlich in den von Hellenen bewohnten Ländern waren die Übertritte sehr zahlreich. Sie dauerten trotz der unglücklichen Kämpfe gegen Rom bis zum Ende des 2. nachchristlichen Jahrhunderts, wie aus Plinius, Seneca, Dio Cassius u. a. zu ersehen. Es ging damals ein mächtiger Zug nach Trost und Seelenfrieden durch die Welt, man suchte eine Religion, die Erkenntnis eines höchsten Gottes und reine Sittlichkeit lehrte, und man fand sie im Judentum. Varro, Strabo und Tacitus müssen die Reinheit der jüdischen Lehre anerkennen. Das Verdienst, den Griechen und Römern deren Kenntnis überliefert zu haben, gebührt den hellenistischen Juden in Kleinasien und Egypten, vorzüglich dem Alexandriner Philo. Sein Bibelkommentar ist offenbar aus Predigten entstanden. Griechen und Römer hatten religiöse Belehrung nicht gekannt, erst das Judentum brachte Vorträge, die Deutungen der heiligen Schrift gaben. Starke Entlehnung aus Philo zeigen alle Kirchenväter bis zu Ambrosius. Diese allgemeinverständlichen Vorträge führten viele Heiden in die Synagoge, die dann einen reinen Gottesglauben und manche Gebote annahmen und damit „Jubengenossen" wurden. Viele traten auch vollständig über. Im Talmud werden verschiedene große Lehrer genannt, die Proselyten oder Pro-

solytensöhne waren. Das gesamte Königshaus von Adiabene trat zum Judentum über und bewährt seine Glaubenstreue 200 Jahre lang. Diejenigen, die im Heidentum beharrten, aber doch die allgemeinen religiösen und sittlichen Gesetze der Synagoge anerkannten, nannte man „Gottesverehrer". Mancherlei Versuche wurden gemacht, um die Sittengebote den Heiden nahe zu bringen; sie wurden als Sprüche alter Philosophen, als sibyllinische Orakel u. dergl. ausgegeben, und Spuren davon finden sich deutlich bei Vergil und Ovid, ganz offenbar bei Seneca. Die heidnischen Religionen, z. B. die parsische, zeigen sich gleichfalls beeinflußt. Gleich dem Säemann hat Israel durch seine Zerstreuung den Samen überall hin ausgestreut, und er ist hundertfältig aufgegangen. Diese Ausbreitung hat im 2. nachchr. Jahrhundert ein Ende genommen, einmal durch die Unterdrückung des Aufstandes des Bar Kochba, die ein Verbot der jüdischen Religion zur Folge hatte, dann durch die Erstarkung des Christentums, das den Heiden näher stand. Mehr und mehr drang das heidnische Element in das Christentum ein und drängte ihm seine eigene Gottesvorstellungen auf, und lange hat es gedauert, bis das ursprünglich jüdische Element, der Glaube an den einzigen Gott, wieder die Oberhand gewann. Eine derartige Anpassungsfähigkeit war nicht dem Judentum eigen. Es zog sich auf sich selbst zurück. Aber dennoch ist aus seinen Lehren die zweite Weltreligion, der Islam, entstanden.

Frankfurt am Main, 20. Dezember. (Gemeindewahlen.) Mit Ende des Jahres vollziehen sich verschiedene Änderungen in der Zusammensetzung unserer Gemeindebehörden. Aus dem Vorstand treten die Herren Philipp Schiff und Sigmund Una aus, gestorben ist Sanitätsrat Marcus. An deren Stelle kommen die Herren R. M. Kirchheim, Wilhelm Stern und Sanitätsrat R. Jaffé. Aus dem Ausschuß treten Emil Heidenheimer, Heinrich Wisloch, Raph. M. Kirchheim (jetzt Vorstand), Wilh. Stern und Direktor Carl Herzberg (jetzt Vorstand). Am Mittwoch fanden die allgemeinen Wahlen statt (der Vorstand ergänzt sich selbst unter Bestätigung des Polizeipräsidenten); es sind Präsentationswahlen. Im ganzen wurden bei sehr reger Beteiligung 1391 Stimmen abgegeben. Die von den Freisinnigen und dem Zentralverein gemeinsam aufgestellten Herren Konsul Ad. Baer-Goldschmidt (gemäßigt), Leopold Igersheimer (orthodox) und Dr. med. R. Stern (liberal) erhielten fast sämtliche Stimmen. Die auf der Liste des Centralvereins allein stehenden Herren Jos. Wisloch (719) und Raph. Ettlinger (693) blieben gegenüber den Kandidaten des Freisinnigen Vereins: Leo Ellinger (orthodox) mit 681 Stimmen und Ludwig Kauffmann (liberal) mit 670 Stimmen im Vorteil. Der Polizeipräsident hat fünf Herren auszuwählen.

Köln, 21. Dezember. (Gemeindewahlen.) Die in der vorigen Woche stattgehabten Wahlen zum Repräsentanten-Kollegium ergaben gegen die letzte Wahl eine Zunahme der konservativen, eine erhebliche Abnahme der liberalen Stimmen. Es wurden im ganzen abgegeben: 715 konservative, 440 liberale Stimmen, dagegen im Jahre 1900 610 konservative, 615 liberale Stimmen. Trotz der großen Majorität der konservativen Wähler wird die Verwaltung der Gemeinde nach wie vor in Händen der liberalen Partei verbleiben, da die konservativen Wähler infolge der hier noch geltenden Dreiklassenwahl ihre Kandidaten nur in der dritten Klasse durchbringen konnten.

Marienbad, 14. Dezember. (Vereinsgründung.) Am 13. d. Mts. fand hier die Gründung des Zweigvereins des „Hilfsvereins für die notleidende jüdische Bevölkerung in Galizien" statt. Der Zweigverein führt den Namen „Ortsgruppe Marienbad und Umgebung" und hat die Aufgabe, die Zwecke des Hilfsvereins sowohl den Einheimischen als auch den zahlreichen im Sommer hier anwesenden Fremden näher zu bringen, die Teilnahme für seine Ziele zu wecken und also dieser nützlichen Vereinigung neue Kräfte zuzuführen. Bekanntlich will der genannte Verein, dessen Zentrale sich in Wien befindet, die materielle Lage der Juden in Galizien verbessern und ihr Kultur-Niveau nach Möglichkeit heben. Dieses Ziel soll durch Schaffung von Arbeitgelegenheit, Errichtung von Hausindustrien und gewerblichen Fachschulen, Beschaffung billigen Kredites, Zuführung zur Landwirtschaft 2c. erreicht werden. Der Proponent J. U. Dr. Josef Steiner, Advokat hierselbst, begrüßte die Erschienenen und beleuchtete in klarer Weise den Zweck und die Ziele des Hilfsvereins im allgemeinen, sowie der Ortsgruppe im besonderen. Nach erfolgter Anmeldung neuer Mitglieder fand die Wahl in den Vorstand der Ortsgruppe statt; sie geschah durch Zuruf. Es wurden berufen: Zum Obmann: J. U. Dr. Josef Steiner, Advokat; zum Obmann-Stellvertreter Emil Baruch, Hotelier, Vorsteher der israelitischen Kultusgemeinde; zum Schriftführer Phil. Dr. Philipp Goldberger, Rabbiner; zum Schriftführer-Stellvertreter Karl Kohn, Kaufmann; zum Kassierer Sigmund Schneider, Kaufmann und Hausbesitzer; zum Kassierer-Stellvertreter Siegfried Fischl, Hausbesitzer. Die Ortsgruppe zählt derzeit 38 Mitglieder, dürfte aber binnen kurzem sich stattlich mehren, da ihr Wirkungskreis sämtliche israelitischen Gemeinden der weiteren Umgebung einschließt.

Paris, 20. Dezember. (Baron Arthur de Rothschild.) Der nach langem Leiden in voriger Woche in seiner Villa in Monte Carlo verstorbene Baron Arthur de Rothschild ist nur 52 Jahre alt geworden; er war der Sohn des Barons Nathaniel von Rothschild. Baron Arthur hatte als Offizier in der französischen Armee gedient, aber schon vor Jahren seine militärische Karriere aufgegeben. Er war ein Freund des Wassersports, war Ehrenpräsident des französischen Yachtvereins und hat jährlich viele Monate an Bord seiner Yacht zugebracht. Er beschäftigte sich mit Vorliebe mit dem Studium von Posteinrichtungen und Postangelegenheiten und hat als Ergebnis dieser Studien zwei Schriften veröffentlicht: „Ueber den Einheitspreis des Briefportos und die Einführung von Postmarken in England" und „Geschichte der Briefpost von ihren ältesten Anfängen bis auf unsere Tage." Da Baron Arthur Ritter der Ehrenlegion gewesen, hat sein Leichenbegängnis hier in Paris mit militärischen Ehren stattgefunden. Auf Wunsch des Verstorbenen sollte keine Grabrede gehalten werden, die Hinterbliebenen hatten alle Blumenspenden abgelehnt, so daß die Beerdigung in aller Einfachheit stattfand und nur durch die große Zahl und die persönliche Bedeutung der Leidtragenden sich auszeichnete. Das französische Zentralkonsistorium, das Konsistorium von Paris und die Vorstände der Pariser Synagogen waren vollzählig erschienen, um der ersten jüdischen Familie der Stadt ihr Beileid zu beweisen: zahlreiche hohe Beamte und Deputationen von Vereinen, in deren Vorstand Baron Arthur gewesen, wohnten dem Leichenbegängnis bei. Auf dem Friedhof Père Lachaise wurde der Sarg in der Familiengruft der Rothschild beigesetzt; die Trauergebete sprachen die Großrabbiner von Frankreich und von Paris und Rabbiner Raphael Levy, Kaplan am jüdischen Krankenhaus.

Paris, 20. Dezember. (Pathologischer Zionismus.) Ein pathologischer Zionist hat auf einem Ballfest seiner nichtpathologischen Genossen zwei Schüsse gegen Dr. Nordau abgegeben. Ein Unbeteiligter wurde unbedeutend verletzt.

London, 20. Dezember. (Militärische Chanukafeier.) Der in der Neuen Westend-Synagoge abgehaltene Chanukagottesdienst für die britischen Soldaten ist sehr feierlich und würdig verlaufen. Die ersten Reihen der Synagoge waren für die Militärs reserviert, die Andächtigen in Zivilkleidung mußten diesmal zurückstehen. Der vom Rabbiner F. L. Cohen geleitete Gottesdienst war in seinen Einzelheiten verschiedenen Rabbinen übertragen worden: der Chefrabbi Dr. Adler verlas das Gebet für den König. Rabbiner Singer sprach ein besonderes Gebet und las aus dem Buch der Makkabäer vor; Rabbiner F. L. Cohen hielt die Festrede und Rabbiner Geffen betete das Abendgebet. Chor und Gemeinde sangen die Chanukahymne und zum Schluß die Nationalhymne. Es haben im ganzen 220 Militärpersonen der Chanukafeier beigewohnt, darunter 30 Offiziere und 20 Sergeanten.

Warschau, 18. Dezember. (Ch. B. Rabinowitz.) Der in ganz Rußland wegen seiner Philanthropie bekannte spanische Generalkonsul Chaim Boas Rabinowitz aus Bobruisk war vor einiger Zeit hierher gekommen, um bei den hiesigen Aerzten Heilung von schwerer Krankheit zu suchen, ist aber zu großer Betrübnis aller, die ihn kannten, fern von der Heimat hier gestorben, erst 56 Jahre alt. Er gehörte einer der vornehmsten und ältesten jüdischen Familien Rußlands an. Von seiner Geburt wird eine romantische Geschichte erzählt. Seine Eltern hatten fast alle ihre Kinder im zartesten Kindesalter durch den Tod verloren. Kurz vor seiner Geburt ging seine Mutter zu einem der gelehrtesten und frömmsten Juden des Reiches mit der Bitte, für das Leben des erwarteten Kindes zu beten. Der fromme Mann sagte ihr, das Kind würde wahrscheinlich am Schowuothfest geboren werden; sie sollte einen Sohn „Boas" und eine Tochter „Ruth" nennen und vom Tag der Geburt an täglich einen Rubel für die Armen in Palästina zurücklegen. Der wirklich am ersten Tag Schowuoth geborene Sohn erhielt den Namen Boas und die Spende für das heilige Land wurde gewissenhaft von den Eltern und später von Chaim Boas Rabinowitz selbst bis zu seinem Tod gegeben. Auch im übrigen hat er die von seinen Eltern geübte Wohltätigkeit in größtem Umfang fortgesetzt. Es gibt kein jüdisches Wohlfahrtsinstitut in Rußland, dem er nicht Beiträge geleistet; Hunderte von jüdischen Lehrern und sonstigen anständigen Armen haben sich an seiner gastlichen Tafel gesättigt; jeden Freitag nachmittag sind in seinem Haus Lebensmittel an Bedürftige verteilt worden. Er wurde nicht nur von seinen Glaubensgenossen geliebt und verehrt, sondern stand auch bei der übrigen Bevölkerung in hohem Ansehen. Der Gouverneur des Gouvernements Minsk nahm immer bei Rabinowitz Wohnung, so oft er nach Bobruisk kam. Nachdem Zar Alexander II. einmal in seinem Hause gewohnt hatte, wurde er zum erblichen Ehrenbürger von Bobruisk ernannt. Die jetzige Kaiserin-Witwe hat vor noch nicht langer Zeit Herrn Rabinowitz aufgefordert, in das Komitee einer von ihr begründeten Gesellschaft zur Unterstützung Schiffbrüchiger einzutreten, und als vor einem Jahre die Stadt Bobruisk von einer großen Feuersbrunst heimgesucht wurde, übergab der Gouverneur ihm die Spende des Zaren — 50 000 Rubel — zur Verteilung an die Notleidenden. Herr Chaim Boas Rabinowitz war allezeit ein frommer gläubiger Jude und hat oft seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die jüdische Jugend in Rußland ihre Frömmigkeit so leicht aufgibt, so bald sie die Universitäten besucht. — Das Andenken des gerechten und frommen Mannes wird in allen Herzen fortleben.

Personalnachrichten und kleine Mitteilungen. In Paris ist Baronin Königswarter in hohem Alter gestorben. — In London wird demnächst eine neue Jargon-Zeitung als Wochenblatt erscheinen. Als Herausgeber und Redakteure werden die Herren Dr. S. Rappaport und Dr. J. M. Salkind genannt. — Unter dem Titel „Le Moghrebi" ist in Tanger eine Zeitschrift begründet worden, die in hebräisch-arabischer und in französischer Sprache gedruckt und den Interessen der marokkanischen Juden gewidmet sein soll. — Der neue Rabbiner von Rom, Professor Cavaliere Vittorio Castiglioni, hat sein Amt angetreten. Er ist ein Schüler Luzzatos und gilt für einen bedeutenden Hebraisten.

Vakanzen. Friedeberg, N.-M. Sem. geb. Rel.-L., C., Sch., 1350 M. Geh., 450 M. Nebeneink. Meld. an Herrn Sally Maaß. — Lippstadt i. W. Sem. geb. Elem.- und Rel.-Lehrer, C, 1950 M. Geh. Meld. an Herrn Dannenbaum. — Neckarsteinach. Lehrer und Sch. (ledig), 800 M. Geh., 200 M. Nebeneink., fr. W. Meld. an Herrn Jos. Salomon.

Berichtigung.

In der Besprechung der Heijermannschen Skizze „der Sabbat" ist Zoof irrtümlich mit Silber, Silberstück, Silbergulden wiedergegeben. Es muß heißen: So(h)ow-Gold, Goldstück, Goldgulden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: M. A. Klausner
für den Inseratenteil: Arthur Scholem in Berlin.

Bitte zu beachten!

Wir haben der schnelleren Versendung wegen sämtliche Exemplare unsren Lesern durch die Post überwiesen. Sollte eine Nummer nicht ankommen, so sind wir zu deren Nachlieferung gern bereit, bitten aber dringend, sich auch **sofort an die bestellende Postanstalt** zu wenden.

Der Verlag der Israelitischen Wochenschrift
Brlin, Ross-Strass 3.